

Die Flucht vor dem Zwang

Emigration der Mennoniten aus der UdSSR im Zeitraum 1923 bis 1930

Veröffentlicht in der „*Freundschaft*“ (Alma-Ata, Kasachstan), Nr.102/103, Mai 1990

Die Beweggründe für die Auswanderung der Mennoniten aus der UdSSR in den Jahren 1923 bis 1930 sind verschieden. Dafür lagen religiöse, ökonomische und politische Motive vor.

Religiöse Motive: Das Verbot des Religionsunterrichts in der Grundschule wurde von den Mennoniten als eine unzulässige Einmischung der weltlichen Behörden in die inneren Angelegenheiten der Gemeinden aufgefasst. Die fortwährende Verfolgung der Geistlichen, die in der zweiten Hälfte der 20er Jahre sich noch verstärkte, der zunehmende Entzug des Wahlrechts, die übermäßig hohe Besteuerung, ihre Verfolgung als Kulaken, das Verbot der Ausübung von Kulthandlungen außerhalb des ständigen Wohnortes - das waren noch bei weitem nicht alle Repressivmaßnahmen des Staats gegen die Prediger. Hinzugefügt sei noch die Einführung einer obligatorischen atheistischen Richtung in der Schulbildung, wodurch ein großer Teil der früheren Lehrer der Schule fernzubleiben gezwungen war, was die atheistischen Kinder ihren gläubigen Eltern entgegenstellten.

Ökonomische Motive: Während die Lage in der Landwirtschaft um 1920 im allgemeinen schwer war, so muss sie in den Mennonitenkolonien der Ukraine und Südrusslands als katastrophal bezeichnet werden. Hier fanden besonders hartnäckige Kampfhandlungen statt. Mehrfach rollte die Front durch mennonitische Dörfer. Die unausbleibliche Mobilisierung von Männern und die Requisition von Pferden, Futter- und Lebensmitteln wirkten sich da verheerend aus.

Den meisten Schaden erlitten die mennonitischen Kolonien im Süden durch die Machno - Banden. Besonders große Verluste trugen die Amtsbezirke Chortitza, Nikolaipol und Schönfeld. In der Siedlung Eichenfeld (Dubowka) haben die Machno - Schergen sämtliche Männer über 15 Jahren getötet, insgesamt 81 Personen. Sieben Siedlungen wurden vollständig niedergebrannt. In dem einst blühenden Chortitza waren lediglich ein Pferd und ein Wagen geblieben. Damit fuhr man die Getöteten und die Gestorbenen auf den Friedhof. Willkür, Raub und Mord wurden zu einer Alltagserscheinung. Die Machno - Banditen schleppten Typhus in die Siedlungen ein. In Chortitza starben 180 von den 676 Einwohnern an Typhus. Im Dorf Münsterberg (Kolonie Sagraadowka) wurden etwa 100 Menschen getötet, darunter 22 Kinder. In der Siedlung Blumenort (Molotschnaer Kolonien) trieben die Banditen 20 Mann in einen Keller und warfen dann Granaten hinein. Die Verwundeten wurden mit Säbeln niedergemetzelt. Bekannt ist ein Fall, wo eine ganze Familie aus acht Personen enthauptet wurde. Die Köpfe wurden dann auf Stühle um den Tisch herum gesetzt. Diese unerhörten Grausamkeiten hatten bei den Menschen Apathie und Gleichgültigkeit verursacht. (*„Woher? Wohin? Mennoniten!“ 2.Teil, S.57-58. Die Mennonitengemeinden in Russland während der Krieger- und Revolutionsjahre 1914 bis 1920. Heilbronn a. N. 1921.*)

Nach der Beendigung des Bürgerkriegs im Süden hätte man eine Wiederherstellung der Wirtschaft erwarten sollen. Doch die Getreideablieferungspflicht (Prodraswjorstka) dann die unmäßig hohen Steuern und die Dürre im Jahre 1921 brachten die Bauern im Süden an den Rand einer Hungerkatastrophe.

Politische Motive: Zu den politischen Einschränkungen in der ersten Hälfte der 20er Jahre gehören der Entzug des Stimmrechts der Bauern und ab 1928 die Staatspolitik der „Liquidation der Kulaken“ und die zwangsmäßige Kollektivierung. Der Hauptgrund für die Auswanderung war laut offiziellem Standpunkt die „prokulakische, öfter die prokulakisch - pfäffische Propaganda“ (*Sibirische Sowjetenzyklopädie, Bd. 3, 1932, S. 731-732*), deren Einfluss sich die leichtgläubigen Mittel- und Armbauern nicht zu entziehen vermochten. Sogar als der Zusammenhang zwischen Kollektivierung und Auswanderung im Jahre 1929 auf der Hand lag, wurde jener vermeintlichen Agitation dennoch die Schuld gegeben. So schrieb damals die in Nowosibirsk erscheinende Zeitung „Kollektivist“ : „Zu Beginn des Jahres 1929, als die Partei und die Regierung dem Kulakentum den Kampf ansagten, hatten sich auch die Ergebnisse der Auswanderungsagitation offenbart.“

(„Kollektivist“, *Nowosibirsk*, Nr. 102, 12.11.1932). Dass aber am 22. September 1929 in der Sibirischen Region die Woche der massenhaften Kollektivierung begann, fällt hier aus dem Rahmen. („Landmann“, *Nowosibirsk*, Nr.63, 1929). Übrigens gaben die Emigranten selbst ihren Unwillen, den Kolchosen beizutreten, als den Hauptgrund der Auswanderung an (*Parteiarchiv des Gebiets Nowosibirsk*, Fonds 2, Verz. 2, Akte 463, Bogen 92).

Es erscheint als sehr zweifelhaft, dass die „kulakischen Agitatoren“ ohne objektive Voraussetzungen imstande gewesen wären, die Emigration in dem weiter anzugebenden Ausmaß zu organisieren. Das verstand man auch im Ausland. Nach der Mennoniten - Konferenz in Danzig (1930) äußerte sich ein Delegierter über die Beweggründe der mennonitischen Auswanderung aus der UdSSR, wie: „Die Agitatoren für die Auswanderung sitzen weder im Ausland noch in den Kolonien, die Agitatoren sitzen im Verband der Gottlosen, der die Gläubigen zu Opfern ihres Fanatismus macht.“ (*Bericht über die Mennonitische Welt - Hilfskonferenz vom 31. August bis 3. September 1930 in Danzig, Karlsruhe, 1931, S. 86*)

Emigration nach Kanada

Im Jahre 1920 besuchten A. Friesen, B. Unruh, S. Warkentin und J. Esau, Vertreter der ukrainischen Mennoniten, die USA, Kanada und Mexiko, um für die Emigranten freies Land auszusuchen. Am geeignetsten zeigte sich Kanada.

Doch zwei Umstände erschwerten die Umsiedlung: Das Fehlen der nötigen Mittel dazu bei den Emigranten und die Einreisesperre durch die kanadische Regierung (1918). Der Grund dafür war die Verweigerung des Soldatendienstes durch die kanadischen Mennoniten und ihre angeblichen Sympathien für Deutschland während des ersten Weltkrieges.

Ungeachtet dieser Hindernisse wurde im Juli 1921 auf der Konferenz der Mennoniten Kanadas ein Komitee gegründet, das die Aufhebung der Einreisesperre durchsetzte. (*Mennonitisches Lexikon. Bd. 3, S. 99*). Dabei forderte die Regierung Kanadas eine Garantie dafür, dass die Emigranten in den ersten fünf Jahren von ihr keine finanzielle Hilfe verlangen werden. Gegen die Immigration war nicht nur die englisch-sprechende Bevölkerung Kanadas, sondern auch die Mennoniten in Kanada und den USA, weil sie der Ansicht waren, dass die Situation in Russland sich verbessern werde. Sie befürchteten die eventuellen hohen Aufwendungen dafür. Die Transatlantische Kanadische Seereederei war jedoch bereit, einen Kredit in Höhe von 2.000.000 Dollar für die Beförderung von 3.000 Mennoniten aus Russland nach Kanada zu gewähren. Schwierigkeiten gab es auch in Russland. Im Süden wütete die Cholera; die Regierung verweigerte die Rückkehr den Ausgewanderten, die wegen ihres Gesundheitszustandes im weiteren keine Einreisegenehmigung nach Kanada erhalten hatten. Dieses Hindernis beseitigte die Regierung Deutschlands, die in der Nähe von Augsburg ein Umschlaglager für die Umsiedler aus Russland organisierte, wo die Emigranten ärztlich betreut wurden. Meistens waren es trachomatöse Kranke.

Am 21. Juli 1923 traf im kanadischen Städtchen Rostern der erste Zug von Mennoniten aus Russland ein. Sie fanden Unterkunft in den Familien der dortigen Glaubensgenossen. Hier die Anzahl der Auswanderer nach Jahren:

1923 ca.	3.000
1924 ca.	5.048
1925 ca.	4.000
1926 ca.	6.000
1927 ca.	847
1928 ca.	511
1930 ca.	1.019
1931 ca.	6
1933 ca.	7
1934 ca.	14

Insgesamt etwa 21.000 Personen (*Mennonitisches Lexikon, Bd.3, S. 100*). Die Umsiedler mussten sich nun doch irgendwie einrichten. Mittel für den Kauf oder die Pacht von Land besaßen sie leider keine. Doch einen Ausweg bot sich nach Abschluss des ersten Weltkrieges gestaltete Situation: Die Preise für Lebensmittel waren niedrig, die für Arbeitskräfte jedoch hoch. Die Großfarmen wurden unrentabel und wurden von den Emigranten unter folgenden Bedingungen aufgekauft: Der Vertrag wurde für eine Dauer von 15 Jahren geschlossen mit der Auszahlung von 50 Prozent des Ernteertrags als Erlös für die Farm. Eine Reihe mennonitischen Farmer vermochte es, im Verlaufe von fünf Jahren die Farm zur Hälfte zu bezahlen, einige jedoch wurden diesen Bedingungen nicht gerecht.

Von 1924 bis 1930 hatten sich auf diese Weise lediglich 2.000 Familien einzurichten vermocht. Von der Kreditsumme von 1.925.000 Dollar waren am 1. Januar 1930 rund 885.000 und bis 1939 bereits 1.321.000 Dollar zurückgezahlt.

Die meisten Umsiedler hatten sich in den Provinzen Ontario und British Kolumbien niedergelassen.

Im Dezember 1927 fand der XV. Parteitag der KPdSU(B) statt. Es wurde der Kurs auf Kollektivierung und Liquidation des Kulakentums als Klasse genommen. Ab 1928 wurden die Steuern für wohlhabende Bauern wesentlich erhöht. Ihre Wirtschaften unterlagen einer individuellen Besteuerung. Die Besitzer hatten jedoch kein Recht auf Gemeindeversammlungen mitzureden, wo die Steuern festgelegt wurden. Oft lagen die Steuer über den Gesamtertrag. Für die Entrichtung der Steuern sah der Bauer sich gezwungen Arbeitsvieh, Inventar und Wirtschaftsgebäude zu verkaufen. Das Schuldgefängnis gelangte wieder zu seinen alten Rechten. Hier wurden die Bauern eingesteckt, die die Steuern nicht bezahlt hatten. In einer Reihe von Gebieten verschlimmerte sich die Situation derart, dass eine reale Gefahr der Wiederkehr der Hungersnot bestand, wie sie Anfang der 20er Jahre geherrscht hatte.

Die Mennoniten Kanadas versuchten, die UdSSR - Regierung darum anzugehen, ihnen die Organisation einer Hilfe mit Lebensmitteln in den voraussichtlichen Notstandsgebieten zu gestatten. Die „Kanadisch - mennonitische Hilfgesellschaft“ wählte zu ihrem Vermittler Fridtjof Nansen, der bei der UdSSR - Regierung in gewissem Ansehen stand im Zusammenhang mit seiner Rolle bei der Organisation der internationalen Hilfe für die Hungernden in der UdSSR Anfang der 20er Jahre. Nansen sollte der UdSSR - Regierung folgendes übermitteln:

Das Komitee werde Hilfeleistungen für Hungernde vor Ort organisieren und dabei seine Erfahrungen von 1923 - 1925 auswerten.

Die UdSSR - Regierung solle die Ausreise derjenigen mennonitischen Familien nicht behindern, die Verwandten in den USA und Kanada haben und die in der Sowjetunion keine Entwicklungszukunft für sich sehen.

Zur Abschwächung der Emigrationstendenz sei es notwendig, den atheistischen Aspekt im Schulunterricht aufzuheben, weil die Einschränkungen bezüglich der Religion der Hauptgrund der Auswanderung der Mennoniten seien.

Nansen richtete ein Schreiben an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litwinow. Darin machte er nur die zwei ersten der angeführten Vorschläge. Der Volkskommissar antwortete darauf, die UdSSR bedürfe keiner Hilfe an Lebensmittel; die Ausreise sowjetischer Bürger sei nicht untersagt, aber die Regierung sehe sich verpflichtet, ihre Bürger vor der Ausbeutung durch ausländische Seereedereien zu schützen.

Der Tod (1930) hinderte Nansen daran, seine Mission zu Ende zu führen. Darauf wandte sich die „Gesellschaft“ an Litwinow selbst und fügte noch einen weiteren Vorschlag hinzu, nämlich, dass es wünschenswert wäre, die ausgesiedelten Mennoniten in ihre früheren Siedlungen zurückzubringen: Hier würden sie dem Lande mehr Nutzen bringen. Falls sie aber nach Ansicht der UdSSR - Regierung unerwünschte Elemente seien, sollte man ihnen die Ausreise ins Ausland gewähren. Auch die Frage der Abschaffung des atheistischen Unterrichts in der Grundschule wurde in den Blickpunkt gerückt. Litwinow antwortete darauf, dass sein Kommissariat über solche Fragen nicht entscheide. Dann sandte die „Gesellschaft“ eine Kopie ihres Schreibens an den Vorsitzenden des Zentralen Exekutivkomitees I. Kalinin,

der es einfach unbeantwortet ließ. Laut Angaben von Otto Auhagen befanden sich am 1. September 1930 in sowjetischen Konzentrationslagern etwa 50.000 Deutschen, darunter 10.000 Mennoniten.

Im Herbst 1929 hatten sich in Moskau und seinen Vororten über 17.000 Deutschen konzentriert, die aus der UdSSR auswandern wollten. (*Jakob Stach „Das Deutschtum in Sibirien, Mittelasien und im Fernen Osten“, Stuttgart, 1938, S.219*). Im November und Dezember wurde 5.583 Deutschen die Ausreise erlaubt, darunter 3.845 Mennoniten (*A. Ehrh „Das Mennonitentum in Russland von seiner Einwanderung bis zur Gegenwart“, Langensalza, 1931, S. 158*).

Im Juli 1929 kam in Kanada eine konservative Regierung an die Macht, die gegen die nichtenglischsprechenden Emigranten gesinnt war. Diese Tendenz verstärkte sich durch die große Depression - die Wirtschaftskrise, durch welche die ganze kapitalistische Welt in den Jahre 1929 bis 1933 erfasst war.

Praktisch wollten alle mennonitischen Emigranten aus der UdSSR nach Kanada, wo sie freies Land sowie eine gewisse Ähnlichkeit des Klimas anlockte. Maßgebend jedoch war die Hoffnung auf Unterstützung seitens der starken dortigen Mennonitengemeinden. Viele hatten in Kanada nahe und entfernte Verwandte, die dorthin schon früher ausgewandert waren. Nach dem Regierungswechsel war es jedoch nur einem kleinen Teil der Emigranten gelungen, eine Einreiseerlaubnis nach Kanada zu bekommen. Die Hoffnungen der anderen hatten sich leider nicht verwirklichen können.

Emigration nach Paraguay und Brasilien

400 Kilometer von Asuncion, der Hauptstadt von Paraguay, liegen im Hochland Gran Chaco Siedlungen von Mennoniten, die aus Kanada und der UdSSR hierher gekommen sind. Dieses Hochland stellt vom November bis Mai einen mit Sträuchern bestandenen Sumpf dar, wo sich Schwärme von Moskitos und Unmengen von Schlangen sehr wohl fühlen. Die Menschen aber leiden oft an tropischen Krankheiten. Während der trockenen Jahreszeit ist Gran Chaco eine große Wüste, wo oft Staubstürme wehen (*Heimatsbuch der Deutschen aus Russland, Stuttgart, 1963, S. 92*).

In den Jahren 1926 - 1927 gründeten hier die kanadischen Mennoniten aus den Provinzen Manitoba und Saskatchewan die Kolonie Menno aus 11 Siedlungen (*Mennonitisches Lexikon, Bd. 3, S. 91-93*).

In den Umschlagslagern in Deutschland hatten sich Ende 1929 etwa 2.000 Mennoniten aus der UdSSR angesammelt, denen Kanada die Türe verschlossen hatte. Diese Leute stammten größtenteils aus Westsibirien und dem Orenburgischen (*„Vor den Toren Moskaus“, 1960, S. 107, 136*). In Deutschland wollten sie nicht bleiben, und die Regierung des Landes organisierte mit deren Einverständnis ihre Übersiedlung nach Paraguay. 1930 bis 1931 kamen hier 286 Familien (1.572 Personen) dieser Emigranten aus der UdSSR an. Wegen schroffen Klimawechsel, Veränderungen in der Ernährung und an örtlichen Krankheiten starben 63 Umsiedler. Die verbliebenen gründeten die Kolonie Fernheim, die 1961 aus 21 Siedlungen bestand (*Heimatsbuch der Deutschen aus Russland, Stuttgart, 1963, S. 94*).

Hier sei betont, dass diese Emigranten nicht mit leeren Händen dorthin kamen. In Deutschland hatte man jeder Familie folgendes Inventar bereitgestellt: ein großes Zelt, einen Pflug, eine Egge und einen Grubber, einen Satz Küchengeschirr und Kleinwerkzeugen. Je vier Familien bekamen einen Pferdewagen, jede Siedlung - Kessel, Butterfässer, Milchzentrifugen, Sätze von Schmiede-, Tischler- und Sattlerwerkzeugen, drei Nähmaschinen, Schleifsteine und eine Flinte. Für sämtliche Ansiedlung gab es eine Druckerpresse, eine Käserei, eine Imkerei mit 10 Bienenstöcken, ein Sägegatter, eine Dampflokomobile, eine Mühle und eine Ölpresse.

Nach der Ankunft erhielt jede Familie ein Paar Zugochsen, eine Kuh mit Kalb, 12 Hühner mit einen Hahn, Futter und Samen in Wert von 50 Dollar.

Der Gesamtaufwand je Familie belief sich auf 300 Dollar. Land wurde 40 Hektar (zu 20 Dollar das Hektar) je Familie gekauft. Der Gesamtkredit für jede Familie, einschließlich der Überfahrt, machte 1.500 Dollar aus. In den ersten zwei Jahren wurde nichts zurückgezahlt. Ab drittem Jahr wurde der halbe Ernteertrag abgeliefert. Die ganze Kreditsumme war in 10 Jahren zu begleichen. In den letzten fünf Jahren mussten 6%

Jahreszinsen entrichtet werden (*Bericht über die Mennonitische Welt - Hilfskonferenz vom 31. August bis 3. September 1930 in Danzig. Karlsruhe, 1931, S. 123*).

Ungeachtet der Hilfe seitens der kanadischen Ansiedler und der eigenen ansehnlichen Ausstattung war der Anfang sehr schwer; die ersten Versuche im Ackerbau misslangen.

Darauf begannen die Emigranten mit dem Anbau von Baumwolle und Erdnüssen. Statt der gewohnten Kartoffeln gab es nun Bataten (Süßkartoffeln), Maniok und Knollenyams. Die Insekten, besonders die Heuschrecken, fügten den Saaten beachtlichen Schaden zu. Auch der trockene Winter war für den Ackerbau sehr ungünstig.

Erwähnung gebührt auch dem Harbiner Winkel, bestehend aus vier Kolonien, die von Emigranten aus dem Fernen Osten gegründet waren. 1927 hatten die Mennoniten im Amurland 17 Siedlungen gegründet, die rund 1.000 Einwohner zählten (*A. Ehrt „Das Mennonitentum in Russland von seiner Einwanderung bis zur Gegenwart“, Langensalza, 1931, S. 152*). Das waren meistens Umsiedler aus West - Sibirien, die hier ökonomische Unabhängigkeit suchten. Nachdem aber die unmäßige Besteuerung, Entzug der Rechte und der Kampf gegen „Kulaken“ sie auch hier eingeholt hatten, kehrte ein Teil nach West - Sibirien zurück. Ein anderer Teil floh über den Amur in die Mandschurei. Neben dem Abzug einzelner Personen sind auch zwei Massenfluchten bekannt. So flohen im Dezember 1930 ganz Schumanowka (217 Personen) und 87 Personen aus Pribreshny. Der Weg dieser Flüchtlinge aus Harbin nach Paraguay zog sich vom 22. Februar 1931 bis zum 12. Mai 1932, als sie endlich Fernheim erreichten (*Woher? Wohin? Mennoniten! , 4. Teil, S. 56 - 58*).

Die Umsiedlung der Mennoniten nach Brasilien war dank der Unterstützung der Regierung Deutschlands möglich, die ihnen die erforderlichen Kredite gewährte. Im Januar und Februar 1930 gründeten etwa 300 Familien - Emigranten aus der UdSSR - im Staate Santa Catarina die Kolonie Witmarsum. Das stark unebene Gelände erschwerte den Ackerbau, deshalb wurden größtenteils Mais, Bohnen, Bataten und Maniok angebaut.

Im Herbst 1930 wurde die zweite Gruppe von 894 Personen nach Brasilien gebracht. In der Nähe von Curitiba, der Hauptstadt des Staates Parana, gründeten sie die Kolonie Neu - Witmarsum. Die Hauptbeschäftigung dieser Umsiedler wurde die Milchviehzucht und der Absatz von Milcherzeugnissen in Curitiba. Eine gewisse Hilfe erwies in Curitiba die Höllendische Anabaptistengesellschaft.

Die sibirischen Mennoniten unternahmen einmal den Versuch, mit Hilfe der holländischen Regierung auszuwandern. Im Namen von 5.000 Familien (1926 gab es in Sibirien rund 20.000 Mennoniten) richteten Jakob Hildebrandt und Dr. Isaak an den Ältesten der Amsterdamer Mennonitengemeinde ein Schreiben, das einen Vorschlag der Ansiedlung der sibirischen Mennoniten auf Surinam, einer Kolonie der Niederlande, enthielt. Es wurde angehalten, einen Kredit für die Umsiedlung und die Gründung von Farmen auf Surinam in Höhe von 20.000 Gulden pro Familie zu gewähren. Dieser Kredit sollte binnen 15 Jahren zurückgezahlt werden. Es bleibt unbekannt, ob Antwort auf dieses Schreiben eingetroffen war. Nach Surinam ist jedenfalls kein einziger Mennonit emigriert.

Vorgehen der Sowjetregierung gegen die Emigration

Die Emigration der Mennoniten in den 20er Jahren lässt sich bedingt in zwei Etappen einteilen, und zwar die bis 1929 und im Jahre 1929. In den ersten Etappe emigrierten größtenteils die Mennoniten aus den Kolonien Südrusslands, die durch den Bürgerkrieg und die Machno - Banden völlig ruiniert waren. Im Jahre 1926 erreichte diese Emigration ihren Höhepunkt, flaute dann ab, und 1928 verringerte sich die Zahl der Auswanderer bis auf 511 Personen. In dieser Zeit wurden keine Sondervorkehrungen gegen die Emigration getroffen, obwohl in der Presse Gegenpropaganda gegen die Ausreise betrieben wurde.

Die Emigration von 1929 unterschied sich von der vor 1929 durch ein stürmisches Anwachsen in ganz kurzer Zeit. Die ersten Emigranten aus den Kolonien um Slawgorod in der Altairegion Heinrich Braun und Jakob Klassen kamen nach Moskau im Januar, Peter Friesen kam aus dem Orenburgischen Anfang August und Heinrich Friesen aus den Molotschna - Kolonien am 10. September (*alle Zahlen sind dem Buch „Vor den Toren Moskaus“, 1960, entnommen*). Anfang April harrten 60 Familien auf eine Ausreisegenehmigung, Mitte

September waren es bereits 250 und am 11. Oktober warteten 800 mennonitische, 60 lutherische und 40 katholische Familien auf Ausreiseerlaubnisse in den Landhäusern Moskauer Vorstädte.

Solch ein Anwachsen der Emigration hatte die Regierung völlig überrumpelt. Schon die Tatsache, dass Bauern aus dem ersten sozialistischen Staat auswandern, war an und für sich recht unangenehm. Zudem konnte die Meinung der Weltöffentlichkeit die zunehmende Emigration mit der einsetzenden Kollektivierung in Zusammenhang bringen.

Die erste Reaktion der Sowjetregierung war das Verbot, die Fahrkarten bis Moskau in deutschen Siedlungsgebieten zu verkaufen. Unterwegs machte man Jagd nach ausreiselustigen Deutschen. Letztere zwang man auszusteigen und zurückzukehren. Das verringerte zwar den Zustrom weiterer Ausreiselustiger nach Moskau, löste jedoch das Problem derjenigen nicht, die bereits in Moskau waren.

Ende Oktober setzten Arreste unter Leuten ein, die auf Ausreise genehmigung warteten. Damit verfolgte man zwei Ziele: erstens versuchte OGPU das Zentrum der vermeintlichen Organisation aufzufinden, die sämtliche Emigration ins Leben gerufen und arrangiert hatte, zweitens rang man den Leuten auf verschiedene Weise schriftliche Erklärungen ihres Verzichts auf Auswanderung ab.

Die folgende Maßnahme der Regierung war die Anmeldeverweigerung in Moskau ab Ende Oktober, was der Miliz und der OGPU Anlass für die zwangsweise Zurückbringung der Menschen bot. Seit dem 10. Oktober wurde die Vergabe von Lebensmittelkarten an die Emigranten eingestellt, was natürlich sofort deren Verpflegung verschlechterte. In zahlreichen Landhäuschen gab es keine Öfen zur Heizung. Aus Sparzwecken wurde ein Landhaus von mehreren Familien gemietet. Kinder aber gab es in jeder Familie viel. Deshalb sollten die auftauchenden Krankheiten nicht wundern. Die Kinder erkrankten an Masern, manche starben auch daran.

Für einen Antrag auf einen Auslandspass mussten 20 Rubel gezahlt werden. Bei der Verweigerung desselben wurde das Geld nicht zurückerstattet. Für den Pass für eine Person über 16 Jahre wurden 200 Rubel erhoben, für eine Person unter 16 Jahre - 100 Rubel. Auf diese Weise kamen allein die Pässe für eine große Familie auf 1.000 und mehr Rubel zu stehen.

Die Entscheidung der eigentlichen Ausreisefrage wurde von Instanzen bis ins unendliche hinausgezögert. Es kam sogar so weit, dass Mütter mit Kleinkinder einmal den Empfangsraum von Kalinin blockierten - sie forderten eine rasche Lösung ihrer Frage.

Die logische Vollendung all dieser Maßnahmen war die zwangsweise Deportierung der Auswanderungslustigen in ihre früheren Siedlungsgebiete. Sie begann am 17. November nachts in den Datschensiedlungen Tarssowka, Perlowka und Malo - Mytischtschi. Mit den in voraus zusammengestellten Listen gingen OGPU - Mitarbeiter und ihnen zugeteilte Soldaten methodisch von einem Haus zum anderen, weckten die Leute auf, hießen sie ihre Habseligkeiten packen und Wagen besteigen. Diejenigen, die sich weigerten, dem Folge zu leisten, sagte man, sie werden nach Kanada abtransportiert. Zur Verhütung eines Widerstands seitens der Männer wurden letztere in andere Lastwagen befördert, und an dem Zug, wo sich ihre Familien bereits befanden, kurz vor dessen Abfahrt gebracht.

Im Verlaufe von zwei Tagen (17. und 18. November) wurden täglich vier Züge nach Sibirien und nach dem Süden abgefertigt. In Güterwagen, die nicht alle Öfchen hatten, und wenn sie vorhanden waren, dann war kein Heizstoff da, waren 40 bis 60 Menschen zusammengepfercht. Aus Angst vor Fluchtgefahr machten die Wachsoldaten auf Stationen die Türen nicht auf, was natürlich das Sterben vieler Kinder an Hunger und Unterkühlung zur Folge hatte.

Als nun die Menschen heimgekehrt waren, stand der Winter vor der Tür, sie selbst jedoch waren ohne Brennstoff und Lebensmittel geblieben. Als sie die Regierungsorgane um Hilfe ersuchten, mussten sie vorerst mal schriftlich bestätigen, dass sie nie mehr Ausreiseversuche unternehmen werden.

Sehr viele dieser sogenannten Heimkehrer waren dann die ersten Opfer der Stalinschen Repressalien in den 30er Jahren.

Viktor Veer